

LANDTAG IN KÜRZE

Viel Geld für Kampf gegen Drogenmissbrauch

VADUZ - Für die Unterstützung von in- und ausländischen Projekten zur Bekämpfung des Drogenhandels und Vorbeugung gegen Drogenmissbrauch hat der Landtag gestern einen Verpflichtungskredit über 2 Mio. US-Dollar mit 23 Stimmen genehmigt. Diese Finanzmittel stammen vollumfänglich aus in Liechtenstein eingezogenen Vermögensdelikten aus einem Strafverfahren wegen Betäubungsmitteldelikten und gehen auf eine von den USA beantragte Aufteilung dieser eingezogenen Gelder zurück.

«Sinnvoll und nachhaltig»

Die Plankner FBP-Abgeordnete Josy Biedermann (Bild rechts) begrüßte die von der Regierung vorgeschlagene Aufteilung der Gelder auf aus- und inländische Projekte: «Damit werden diese Gelder sehr sinnvoll und nachhaltig investiert. Ich ersuche, dem Regierungsantrag in der vorliegenden Form zuzustimmen und den diesbezüglichen Finanzbeschluss zu genehmigen.»



Antrag von Seiten der VU abgelehnt

Marlies Amann-Marxer (VU) befragte die Zweckbindung, nicht einig ging sie jedoch mit der Absicht der Regierung, gleich 90 Prozent der Summe für Projekte im Rahmen der Vereinten Nationen und nur 10 Prozent für Projekte mit Inlandbezug zu verwenden. Es sei «ethisch bestimmt richtig», aus dem Ausland stammende Gelder vor allem im Ausland einzusetzen allerdings plädierte sie dafür, «einen angemessenen Prozentsatz» auch für Projekte im Inland und der Region einzusetzen. Ihr Antrag, einen Viertel des Gesamtbetrages für Projekte mit Inlandbezug einzusetzen wurde jedoch mit nur 6 Ja-Stimmen abgelehnt. Unter anderem unterstützte auch Pepo Frick (FL) den von der Regierung vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel. Die zuständige Regierungsrätin Rita Kieber-Beck freute sich über die grundsätzliche Zustimmung zur Regierungsvorlage. (MF)

Neue Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten

VADUZ - Auf Vorschlag der VU wurde Christian Ritter (Triesenberg) mit 20 Stimmen zum neuen Präsidenten und damit Nachfolger von Thomas Nigg (Triesen) gewählt.

Der von der FBP vorgeschlagene Daniel Tschikof (Ruggell) wurde mit 21 Stimmen zum neuen Vizepräsidenten bestellt.

Als Mitglieder gewählt wurden: Dagobert Oehri (Schaan), FBP, bisher (25 Stimmen).

Gerald Marxer (Mauren), VU, bisher (24 Stimmen) und

Christian Näf (Triesen), FL, neu (24 Stimmen).

Als Ersatzmitglieder bestellt wurden: Eric Marxer (Vaduz), FBP, neu (24 Stimmen) und Roger Quaderer (Schaan), VU, bisher (24 Stimmen).

Die Kommission ist zuständig für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen im Bereich Bauwesen, Strassenverkehr, Telekommunikation und Wohnungswesen. (MF)

Schengen/Dublin-Information

VADUZ - Auf Antrag des Abgeordneten Alois Beck (FBP) hat der Landtag mit 24 Stimmen das Zusatz-Traktandum Nummer 31 «Information der Regierung über das Schengen/Dublin-Abkommen» auf die Traktandenliste gesetzt. Diese Information wird somit zum Abschluss der Sitzung am Freitagabend erfolgen. (MF)

Revision unbestritten

Grundlegende Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes ist unterwegs

VADUZ - Seitens der Regierung sind die Arbeiten zur Revision des Berufsbildungsgesetzes (BBG) bereits seit längerer Zeit im Gange. Die Freie Liste sprach nun auf diesem fahrenden Zug auf und brachte dazu eine Motion ein, die mit 20 Stimmen an die Regierung überwiesen wurde, da es sich in der Notwendigkeit der Revision grundsätzlich unbestritten ist.

• Martin Frossardt

Das aktuelle Berufsbildungsgesetz stammt aus dem Jahre 1976 und muss «grundlegend überarbeitet werden», begründen die drei FL-Abgeordneten ihre Motion. Der Fokus des Gesetzes von 1976 liegt auf der klassischen Berufslehre und «wird den seither veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und schulischen Verhältnissen nicht gerecht». Unter anderem sollen nach Überzeugung der Motionäre die neuen Bildungsangebote (Berufsmaturität, Hochschulen etc.) berücksichtigt und mehr Durchlässigkeit und Flexibilität im Berufsbildungswesen geschaffen werden. Paul Vogt (FL) sagte, im Gegensatz zum zuständigen Regierungsrat Hugo Quaderer (VU) sehe er sehr wohl dringlichen Handlungsbedarf. Allerdings hätten die Motionäre keinen grundsätzlichen Systemwechsel im Auge, da an der Beibehaltung des dualen Systems nicht getüttelt werde, betonte Vogt.

Revision unbestritten

Seitens der FBP wies Franz Heeb (FBP) darauf hin, dass aufgrund der Revision des Schweizer BBG auch für das Land Liechtenstein Anpassungs- und Handlungsbedarf bestehe: «Die Revision des liechtensteinischen BBG ist aufgrund der Revision des Schweizer BBG unbestritten.»

Unnötiges Druckmittel

Nach Ansicht von Franz Heeb stellt sich die Frage, weshalb die FL-Abgeordneten mit ihrer Motion Druck auf die Regierung machen wollen, wenn das Land Liechtenstein ohnehin gezwungen ist, die Berufsbildung der Schweizer Revision anzupassen und bis zum Jahre 2008 die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen in Kraft zu setzen hat:



Zustimmung zur Revision des Berufsbildungsgesetzes aus allen drei Lagern (v.l.): Franz Heeb (FBP), Marlies Amann-Marxer (VU) und Paul Vogt (FL).

«Meines Erachtens geht es nicht darum, zusätzlichen Druck auszuüben, sondern das Vorgehen und den Zeitplan zur Revision der Berufsbildung mit der Schweizer Eidgenossenschaft zu koordinieren und mit den relevanten Kantonen abzustimmen.» Heeb weiter: «Wichtig ist, dass unser Zeitplan zur Revision des BBG abgestimmt ist und das Land Liechtenstein seine Interessen und Bestrebungen zur Reform einbringen kann. In diesem Rahmen ist die verfügbare Zeit für eine gründliche Vorbereitung zur Revision des BBG zu nutzen sowie bei der Anpassung der Berufsbildungsverordnungen in den verschiedensten Berufsausbildungen mitzuwirken.»

Rohentwurf liegt bereits vor

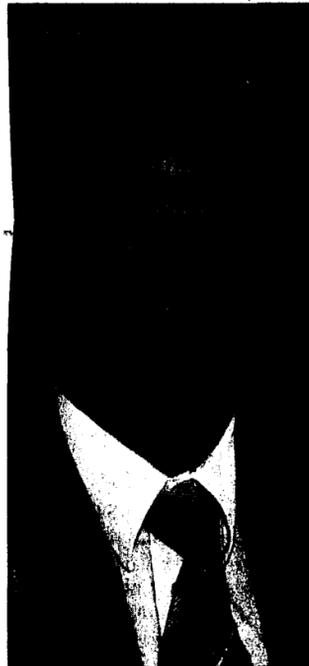
Peter Lampert (FBP) wies darauf hin, dass die damalige Bildungsministerin Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bereits im November 2003 sagte, dass Liechtenstein eine Anpassung an die schweizerischen Rechtsgrundlagen plane. Er frage sich deshalb, warum die Abgeordneten der Freien Liste zum Mittel der Motion greifen, um eine längst anerkannte Forderung nach Revision des Berufsbildungsgesetzes durchsetzen zu wollen. Wie Bildungsminister Quaderer bestätigte liegt bereits ein in den Jahren 2002/2003 entwickelter Rohentwurf vor, den es nun auf die schwei-



zerische Entwicklung in den Nachbarantonen abzustimmen gelte.

Lehrlingsausbildung

Wie Peter Lampert hinwies, ist bei der Revision besonders auch auf die Anliegen der Lehrlingsausbildung Rücksicht zu nehmen:



Rief zu mehr Unterstützung des Gewerbes bei der Lehrlingsausbildung auf: Peter Lampert (FBP).



«Ein kleines Unternehmen ist nicht in der Lage, neben der praktischen Ausbildung auch noch Hilfen bei schulischen Problemen anzubieten. In dieser Beziehung besteht auch ein Handlungsbedarf, den ich hier anfügen möchte. Das Gewerbe steht seit Jahren vor grossen Problemen in der Lehrlingsausbildung. Ich kann nur hoffen, dass bei der Revision des Berufsbildungsgesetzes auch auf diese Probleme eingegangen wird.»

Lieber sorgfältig als schnell

Marlies Amann-Marxer (VU) sagte, eine Revision «im Gleichschritt mit der Schweiz» sei sinnvoll, weil Liechtenstein die von der Schweiz übernommenen Regelungen «auf unsere spezifischen Bedürfnisse erweitern» könne. Die Revision müsse «nicht möglichst schnell, sondern möglichst sorgfältig erfolgen», so Amann-Marxer.

Im Gleichschritt mit der Schweiz

Wie Bildungsminister Hugo Quaderer konstatierte, sind sich «alle einig beim Ziel, das wir erreichen möchten», er eruchte jedoch um Verständnis dafür, «dass wir dieses parallele Verfahren mit der Schweiz ins Auge fassen». Das Ressort plane, im Jahre 2007 einen Entwurf in die Vernehmlassung schicken zu können, so Hugo Quaderer.

Fünfer-Kommission für Dialog ausreichend

Achtköpfige Europarats-Delegation reist im September nach Vaduz

VADUZ - Österreichischer Nationalratspräsident Andreas Kohl bezeichnete als ein blosses «Nachgelster», im kommenden September nun reist eine achtköpfige Europarats-Delegation nach Vaduz, um mit dem Landtag einen «Dialog» über die Verfassung zu beginnen. Während die Freie Liste dafür auch gerne eine Achter-Kommission gesehen hätte, erachteten FBP und VU eine Fünfer-Kommission als ausreichend.

• Martin Frossardt

Wie Landtagspräsident Klaus Wanger ausführte, weilte vergangene Woche die zweiköpfige Spitze der Europarats-Delegation in Vaduz. Dabei ging es vor allem um die Festlegungen der Modalitäten und Termine des Dialogs.

Es sind zwei Treffen vorgesehen: Am 26./27. September in Vaduz und Ende Januar 2006 in Strassburg. Über den Dialog werden explizit keine Protokolle erstellt und der Öffentlichkeit auch keine Informationen vor Abschluss der Gespräche zugeleitet.

«Nach vorne gerichtet»

Gemäss Schreiben des Büros der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Mai 2005 ist es Ziel des Dialogs, mit dem Parlament die Verfassungswirklichkeit und politische Praxis nach Inkrafttreten der neuen Verfassung zu diskutieren. Ausdrücklich nicht zur Debatte stehen sollen jedoch die Verfassung selbst oder die vom Volk beschlossenen Verfassungsänderungen. Das Mandat sei nach vorne blickend und solle keine Wiederholung der Diskussionen

der Vergangenheit sein, heisst es im Schreiben aus Strassburg.

Geschäftsordnung gilt

Pepo Frick (FL) meinte, man könne «diskutieren über Sinn und Unsinn dieser Reise», allerdings wäre es ein Akt der Höflichkeit, auch seitens Liechtensteins eine Kommission mit acht Personen zu bestellen. Diesem Ansinnen erteilte der Landtag eine klare Abfuhr. Alois Beck (FBP) wies darauf hin, dass sich eine Landtagskommission gemäss Geschäftsordnung maximal aus fünf Mitgliedern zusammensetzen könne. Um diese Geschäftsordnungsbestimmung zu umschiffen, beantragte Pepo Frick, die Kommission in Delegation umzubenennen und auf acht Personen zu erhöhen. Dieser Antrag fand jedoch nur die Zustimmung der drei FL-Abgeordneten.

Fünf sind genug

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel sagte, der Landtag sei mit fünf Abgeordneten «absolut adäquat vertreten», dass seitens des Europarats acht Mitglieder bestellt wurden, habe nichts mit Liechtenstein zu tun. Landtagsvizepräsident Ivo Klein (VU) wies darauf hin, dass der Landtag mit einem Fünftel der Abgeordneten im Vergleich zur Grösse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zahlenmässig sehr gut repräsentiert werde.

Die Kommission

Mit jeweils 19 Stimmen wurden schliesslich folgende Abgeordnete in diese Landtagskommission gewählt: Landtagspräsident Klaus Wanger (FBP) als Vorsitzender, Markus Büchel (FBP), Ivo Klein (VU), Gebhard Negele (VU) und Paul Vogt (FL).